LANDTAG
Mecklenburg-Vorpommern

Sitzung der BSPC-Arbeitsgruppe für Cyber- und Informationsresilienz am 16. November in Brüssel – Fragen an die Regierungen im Ostseeraum erarbeitet

24.11.2026



Die BSPC-Arbeitsgruppe nimmt an der Sitzung des Sonderausschusses EUDS des Europäischen Parlaments teil © Landtag M-V

Am 16. November 2026 – vor dem Hintergrund der gleichzeitig angesetzten Wahl der Ministerpräsidentin im Landtag ohne Beteiligung hiesiger Abgeordneter – trafen sich die Mitglieder der Arbeitsgruppe für Cyber- und Informationsresilienz zur Förderung der Demokratie der Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) mit Vertreterinnen und Vertretern der NATO und des Europäischen Parlaments. Im Rahmen des Treffens wurden Möglichkeiten zur Verbesserung der Sicherheitszusammenarbeit und der demokratischen Widerstandsfähigkeit in Anbetracht aktueller Bedrohungen erörtert. Zudem wurden Einblicke in die Initiative des Europäischen Schutzschildes für Demokratie (European Democracy Shield, EDS) gewährt.

Stärkung der kollektiven Verteidigungsfähigkeit und Resilienz innerhalb der NATO

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Pressestelle
Schloss, Lennéstraße 1
19053 Schwerin

Telefon: 0385 525-2149
Telefax: 0385 525-2616
E-Mail: pressestelle@landtag-mv.de
Website: www.landtag-mv.de

Botschafter **Kristjan Prikk**, Ständiger Vertreter Estlands bei der NATO, betonte, dass die Bedrohungswahrnehmung innerhalb des Bündnisses heute deutlich stärker geeint sei als seit dem Ende des Kalten Krieges. Russland werde als ernsthafte, langfristige Herausforderung betrachtet, wobei derzeit keine unmittelbare militärische Bedrohung für die Baltischen Staaten bestehe. Prikk verwies auf die Notwendigkeit, die militärische Schlagkraft und Resilienz der Alliierten rasch auszubauen. Es wurde hervorgehoben, dass russische Handlungen Konsequenzen haben müssten und die Unterstützung der Ukraine nicht unterbrochen werden dürfe.

James Appathurai, Stellvertretender NATO-Generalsekretär von der Abteilung für Cyber- und digitale Transformation, bezeichnete die Cyber- und Informationsinfrastruktur als besonders verwundbar. Risiken für staatliche Systeme und Unternehmen seien durch russische Ransomware, chinesische Malware, hybride Angriffe und den Einsatz neuer KI-Modelle gestiegen. In der anschließenden Diskussion wurde hervorgehoben, dass Resilienz nicht nur militärische Verteidigung bedeute. Prioritäten seien etwa der Schutz strategischer Häfen, kritischer Kommunikations- und Informationssysteme. Appathurai verwies zudem auf Verwundbarkeiten bei transatlantischen Datenkabeln, deren Landepunkte öffentlich bekannt seien. Ein weiteres Problem sei die fehlende Verbindung zwischen Energie- und Verteidigungspolitik: Die Elektrifizierung militärischer Systeme erhöhe den Bedarf an stabiler Netz- und Batterieversorgung, während Europa zugleich über begrenzte Raffinerie- und Batteriekapazitäten verfüge.

Der Europäische Schutzschild für Demokratie

Die Sitzung im Europäischen Parlament beleuchtete die Umsetzung des Europäischen Schutzschildes für Demokratie (EDS) als EU-übergreifenden Rahmen zum Schutz demokratischer Werte, Wahlen, Medien und gesellschaftlicher Resilienz.

Zunächst betonte **Simona Constantin**, Kabinettsexpertin von EU-Kommissar für Demokratie, Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Verbraucherschutz, dass das Bewusstsein für hybride und informationelle Bedrohungen in den Mitgliedstaaten deutlich gestiegen sei. Der EDS gliedere sich in drei zentrale Säulen: den Schutz des demokratischen Informationsraums, die Sicherung freier und fairer Wahlen und die Stärkung gesellschaftlicher Resilienz und Bürgerbeteiligung. Er sei ausdrücklich als *Whole-of-Government*- und *Whole-of-Society*-Ansatz konzipiert. Das europäische Zentrum für demokratische Resilienz solle den Austausch von bewährten Verfahren zwischen den Mitgliedstaaten ermöglichen. Die zentralen Maßnahmen des EDS sollen bis 2027 umgesetzt werden.

Anschließend hatten die Mitglieder der Arbeitsgruppe die Gelegenheit, an einem gemeinsamen **Austausch mit dem Sonderausschuss „Europäischer Schutzschild für die Demokratie“**

(EUDS) des Europäischen Parlaments teilzunehmen. Im Zentrum des Gesprächs standen die praktische Umsetzung, die Vermeidung regulatorischer Überlastung sowie die stärkere Vernetzung von nationalen und regionalen Parlamenten im Mittelpunkt. **Meelis Kiili**, Vorsitzender der BSPC-Arbeitsgruppe, definierte demokratische Resilienz als die Fähigkeit der Gesellschaften, demokratische Prinzipien und ihre Funktionsfähigkeit trotz Bedrohungen aufrechtzuerhalten. Er kritisierte die wachsende Lücke zwischen umfangreichen regulatorischen Vorgaben und deren tatsächlicher Umsetzbarkeit. Als möglichen Weg schlug er ein europäisches Weißbuch vor, das einen gemeinsamen Rahmen für den Umgang mit Bedrohungen für Demokratie definieren würde, statt weitere Regelwerke zu schaffen. Zentral seien dabei die Zusammenarbeit der Parlamente sowie die Sicherstellung, dass Demokratie demokratisch verteidigt werde.

Die Vorsitzende des EUDS **Nathalie Loiseau** unterstrich, dass die BSPC vor allem bei der praktischen Umsetzung des EDS eine wichtige Rolle spielen könne. Als prioritären Bereich nannte sie die Umsetzung des Europäischen Medienfreiheitsgesetzes, deren Fortschritt in den Mitgliedstaaten derzeit zu langsam sei. Zugleich arbeite das Europäische Parlament an einer Regelung zur Sicherung der Qualität von Medieninhalten. Den Faktor Bildung bezeichnete sie als grundlegende Voraussetzung für demokratische Resilienz; der Ostseeraum könne in diesem Bereich als positives Beispiel dienen.

Der Austausch hat gezeigt, dass der Schutz der Demokratie nur durch abgestimmte europäische Koordination, dezentrale Umsetzung und eine aktive Zivilgesellschaft gelingen könne.

Interne Angelegenheiten der Arbeitsgruppe

Arbeitsgruppenvorsitzender Meelis Kiili legte zu Beginn der internen Besprechung seine Sichtweise auf Russlands Kampagne gegen Europa dar und bot dabei eine alternative strategische Perspektive auf. Zentrales Ziel des durch Russland geführten „Schattenkonflikts“ sei es, den politischen Willen Europas – insbesondere die Unterstützung der Ukraine – zu untergraben. Kiili betonte, dass nicht nur die Baltischen Staaten, sondern ganz Europa an der „Frontlinie“ liege, da Sabotageakte inzwischen auch in westeuropäischen Ländern zunähmen. Kiili forderte daher Investitionen in Verteidigungsfähigkeiten, Resilienz und eine klare strategische Antwort. Europa müsse verstehen, dass Freiheit und demokratische Lebensweise nicht selbstverständlich seien, sondern aktiv verteidigt werden müssten – auch wenn dies Belastungen und Verzicht erfordere.

Abschließend legten die Mitglieder der Arbeitsgruppe die Prioritäten für das kommende Jahr fest. Es wurde vereinbart, einen Fragenkatalog an die Ostsee-Regierungen zu richten, mit dem Informationen über die Umsetzung der in Lübeck verabschiedeten BSPC-Empfehlungen

angefordert werden.

Zudem wurde der Zeitplan für die kommenden Sitzungen vereinbart, die am 18. und 19. April vom Lagtinget von Åland in Mariehamn und am 23. und 24. Mai vom Polnischen Sejm in Danzig ausgerichtet werden.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Pressestelle
Schloss, Lennéstraße 1
19053 Schwerin

Telefon: 0385 525-2149
Telefax: 0385 525-2616
E-Mail: pressestelle@landtag-mv.de
Website: www.landtag-mv.de